

Mali: Der Staat im Umbruch

NEUE HOFFNUNG NACH DER ERNENNUNG EINES ÜBERGANGSPRÄSIDENTEN

Nach der Ernennung des ehemaligen Parlamentspräsidenten Dioncounda Traoré zum Übergangspräsidenten am 12. April 2012 breitet sich in Mali vorsichtig eine Stimmung von Hoffnung aus. 19 Tage nach dem Militärputsch wird nun eine Interimsregierung gebildet. Verfassungsmäßig soll diese innerhalb von 40 Tagen Neuwahlen organisieren. Dass diese Frist eingehalten werden kann, ist schon jetzt fast ausgeschlossen. Andere Prioritäten wie die Lösung der humanitären Krise im Norden des Landes, die Beilegung des Tuareg-Konfliktes und die Bekämpfung des islamistischen Terrors stehen im Vordergrund. Eine erfolgreiche Beendigung der Tuareg-Krise wird insbesondere davon abhängen, ob die neue Regierung der Bevölkerung im Norden interessante Perspektiven anbieten kann.

Aktuelle Situation

Nachdem die Militärjunta sich mit der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS auf ein Rahmenabkommen zur Machtübergabe geeinigt hatte, wurde der ehemalige Parlamentspräsident Dioncounda Traoré am 12. April 2012 zum neuen Präsidenten ernannt.

Laut Verfassung soll dieser kurzfristig eine Übergangsregierung zusammenstellen und innerhalb von 40 Tagen Neuwahlen organisieren. Für die Position des Premierministers

sind derzeit mehrere Namen im Gespräch. Darunter sind Michel Sidibé von der UN-Organisation ONUSIDA, Ousmane Issoufi Maiga, Premierminister bis 2007 und Dr. Cheikh Modibo Diarra von der Partei RDPM (Rassemblement du peuple malien). An wen die anderen Ministerposten gehen könnten, wird derzeit ebenfalls verhandelt. Dass die Wahlen jedoch der Verfassung entsprechend innerhalb von 40 Tagen stattfinden, erscheint schon jetzt unrealistisch. Denn das Land steht derzeit vor anderen großen Herausforderungen.

Seit dem Militärputsch vom 22. März 2012 konnten die Tuareg-Rebellen der Befreiungsbewegung MNLA (Mouvement national pour la libération de l'Azawad) ohne große Mühen den kompletten Norden des Landes (Timbuktu, Kidal und Gao) einnehmen. Weiße Gebiete stehen zudem unter Kontrolle verschiedener islamistischer Terrorgruppen. Die humanitäre Katastrophe hat sich seit dem Staatsstreich verschärft, insbesondere die sexuelle Gewalt hat weiter zugenommen. Nach UN-Angaben sind seit Beginn der Unruhen am 17. Januar 2012 bis zu 300.000 Menschen auf der Flucht.

Als nächstes muss verhandelt werden, ob und in welcher Form und unter wessen Führung die Übergangsphase von 40 Tagen verlängert werden kann. Verhandelt wird zwischen den neu gegründeten politischen Kollektiven, darunter die Bewegung MP22, eine Koalition aus politischen Parteien und Vereinen, die zuvor die Militärjunta unterstützt hat, und der Einheitsfront (Front uni

13. April 2012

www.kas.de/seneaal-mali

pour la sauvegarde de la démocratie et la République).

Stimmung innerhalb der Bevölkerung

Der Staat ist im Umbruch. Seit der Ernennung des Interimspräsidenten am 12. April macht sich ein zarter Hoffnungsschimmer unter der Bevölkerung bemerkbar. Diese muss seit drei Wochen mit lang anhaltenden Stromausfällen leben, mit Benzin- und Lebensmittelknappheit. Seit ein paar Tagen gibt es zumindest abends wieder öfter Strom in Bamako.

Worauf hoffen die Menschen? Die Krisen im Norden des Landes (Tuaregkrise, islamistischer Terrorismus und die Nahrungsmittelkrise) haben sich in den letzten Monaten verstärkt auf die Bevölkerung im ganzen Land ausgewirkt. Die Konflikte haben die malische Wirtschaft geschwächt, und der Tourismus ist weiter zurückgegangen. Dem Human Development Index der Vereinten Nationen zufolge gehört Mali zu den zehn ärmsten Ländern der Welt. Obwohl aufgrund der Trockenheit nur ca. vier Prozent der Landesfläche ackerbaulich nutzbar sind, bleibt die Landwirtschaft bislang der wichtigste Wirtschaftssektor. Über 70 Prozent der arbeitenden Bevölkerung ist in diesem Sektor beschäftigt. Weitere 25 Prozent der Landesfläche können als Weideland genutzt werden.

Stark an Bedeutung gewonnen hat in den letzten zehn Jahren der Goldbergbau: Mali ist inzwischen einer der größten Goldexporteure Afrikas. Allerdings ging die industrielle Produktion seit 2008 zurück, und es sind vor allem ausländische Bergbauunternehmen, die vom malischen Goldbergbau profitieren.

Südmali mit der Agglomeration Bamako und den Anbaugebieten von Hirse, Sorghum, Mais, Baumwolle und Erdnüssen ist wirtschaftlich weit besser entwickelt als das Zentrum und der Norden. Der Norden hat in der Vergangenheit zu wenig von den wirtschaftlichen Entwicklungen im Süden profitiert – auch daher rührt die Unzufriedenheit der nördlichen Volksstämme der Tuareg.

Hoffnung gaben seit Anfang der neunziger Jahre große Bewässerungsprogramme, die von zahlreichen Gebern finanziell unterstützt wurden. In der Region Ségou gibt es das größte Bewässerungsgebiet Westafrikas. Die erheblich ausgebauten Bewässerungsflächen haben jedoch stark unter der Krise gelitten.

Auch in Nordmali gibt es zahlreiche natürliche Ressourcen, die bislang zum großen Teil ungenutzt bleiben. An deren Erschließung werden große Erwartungen geknüpft. Nördlich von Gao wird Phosphat für den Binnenmarkt abgebaut. 2005 wurden Erdöllagerstätten entdeckt, und es bestehen Pläne zur Erschließung von Bauxitlagerstätten und Uranvorkommen, zum Abbau von Eisenerz sowie zur Ausweitung der Phosphatproduktion.

Der Industriesektor hat in Mali bisher nur geringen Stellenwert. Stark an Bedeutung gewonnen hat dagegen der informelle Sektor.

Von der neuen Regierung erwarten sich die Menschen, dass die Krisen im Norden des Landes endlich ernsthaft angegangen werden und sich somit langfristig auch ihre Lebenssituation verbessern wird. Die nationale Armee war nicht die einzige, die der gestürzten Regierung Tatenlosigkeit vorwarf. Von zahlreichen nationalen und internationalen Akteuren wurde die Regierung Amadou Toumani Tourés hierfür immer wieder kritisiert. Auch eine effektive Bekämpfung der islamistischen Terrorgruppen im Norden Malis ist seit langem überfällig.

Bedeutung des Islam

Obwohl sich ca. 90 Prozent der Malier zum Islam bekennen (fast ausschließlich Sunniten), haben traditionelle Glaubensvorstellungen weiterhin einen hohen Stellenwert in der Bevölkerung. Die zweitgrößte Religionsgruppe stellen die Anhänger von Naturreligionen, Christen machen nur wenige Prozent der Bevölkerung aus.

Der in Mali praktizierte Islam kann insgesamt als gemäßigt bezeichnet werden. Allerdings gewinnen Befürworter einer strikte-

13. April 2012

www.kas.de/seneaal-mali

ren Glaubensauslegung an Bedeutung. Diese haben jedoch nichts gemein mit den islamistischen Terrorgruppen, die im Norden des Landes aktiv sind. Von ihnen distanzieren sich Regierung und Bevölkerung vehement.

Seit dem Sturz des Ghaddafi-Regimes in Libyen sind Mali und seine Nachbarländer verstärkt der Terrorgefahr durch islamistische Gruppen ausgesetzt. Zu ihnen zählen unter anderem die Organisation al-Qaida des Islamischen Maghreb, die Bewegung Einheit und Dschihad in Westafrika (MUJAO) und nach noch nicht bestätigten Meldungen auch Boko Haram. Es heißt, Boko Haram sei zur Unterstützung des maghrebischen Arms der al-Qaida und des Tuareg-Rebellenchefs Iyad Ag Ghaly, der für einen Gottesstaat im Norden Malis eintritt, in der Region vertreten und würde Trainingscamps in der malischen Wüste unterhalten.

Die Verbindungen zwischen den islamistischen Terrorgruppen und den verschiedenen Tuareg-Gruppen sind allgemein aber eher schwach, zum Teil sogar feindlich, obwohl beide bislang das gemeinsame Anliegen hatten, sich gegen die Staatsmacht aufzulehnen, und bei der Eroberung von Kidal die Tuareg von den Islamisten unterstützt wurden. In den letzten Tagen wurde jedoch deutlich, dass führende Tuareg-Rebellen und Islamisten jeweils unterschiedliche Ziele verfolgen. Während die islamistischen Terrorgruppen für einen islamistischen Staat kämpfen, hat sich inzwischen die Tuareg-Bewegung MNLA für Verhandlungen mit der neuen Regierung ausgesprochen.

Perspektiven und Herausforderungen

Könnte es zu einer Teilung des Landes kommen? Voraussetzung für einen unabhängigen Tuareg-Staat „Azawad“ wäre ein Referendum. Dieses würde schätzungsweise frühestens in ein bis zwei Jahren durchgeführt werden können, nachdem sich die humanitäre Situation verbessert hat.

Inzwischen sprechen viele Tuareg kaum noch von Unabhängigkeit. Jüngst haben sich einige ihrer Anführer vielmehr für einen

föderalistischen malischen Staat ausgesprochen, in dem das Tuareg-Gebiet im Norden über eine gewisse Eigenständigkeit und Staatlichkeit verfügt.

Dies könnte eine sinnvolle Konfliktlösung darstellen. Denn ein autonomer Tuareg-Staat wäre in absehbarer Zukunft kaum überlebensfähig. Die Anbauflächen und Bewässerungssysteme sind zerstört, Lebensmittelbestände geplündert und für den Wiederaufbau notwendiges Fachpersonal ist abgewandert. Für einen profitablen Abbau von Rohstoffen sind derzeit die Bedingungen nicht gegeben. Der Norden Malis ist auf internationale Unterstützung und eine Umverteilungspolitik von Gütern aus Südmali in den Norden angewiesen. Vor diesem Hintergrund ist ein eigenständiger und überlebensfähiger Tuareg-Staat derzeit schwer vorstellbar.

Was gebraucht wird, sind umfangreiche humanitäre Wiederaufbauprogramme, in die Verantwortliche aus der Region eingebunden werden. Die Bevölkerung muss zunächst mit Nahrungsmitteln und Medikamenten versorgt werden, damit sich die Flüchtlingsströme in Richtung der Nachbarländer nicht weiter ausbreiten. Die Grenzen zu den Anrainerstaaten Algerien, Mauretanien und Niger müssen dringend überwacht werden, damit weiterhin aufständische Tuareg und Islamisten sich nicht weiter in der Region verteilen. Sie müssen auch militärisch daran gehindert werden, weiter in den Süden Malis vorzudringen. Die verschiedenen islamistischen Terrorgruppen müssen gezielt durch militärischen Einsatz zurückgehalten werden.

Ausblick

Der wichtigste Lösungsansatz für die neue malische Regierung sollte sein, sich mit den gesprächsbereiten Anführern der Tuareg an einen Tisch zu setzen und gemeinsam eine Strategie für die Beendigung der Tuareg-Krise zu erarbeiten. Die Tuareg-Rebellen sind derzeit in sich gespalten: Die Gruppe um den zur Rebellion übergetretenen Oberst Hady Ag Gamo (MNLA) ist Verhandlungen gegenüber aufgeschlossen, und erste Gespräche wurden bereits geführt. Andere

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MALI

ANDREA KOLB

13. April 2012

www.kas.de/seneaal-mali

Gruppen kämpfen weiterhin für einen eigenen Staat wie beispielsweise das Kommando um Mohammed Ag Najim. Die neue Regierung und die MNLA müssen prüfen, wie dessen Einfluss auf die anderen Tuareg-Rebellen gemindert werden kann. Ob die Erklärung eines „totalen Krieges“, die der neue Präsident Traoré bei seiner Antrittsrede am 12. April ausgesprochen hat, die richtige Strategie ist, wird sich zeigen. Klar ist noch nicht, mit welchen Truppen er eine solche militärische Großintervention bewerkstelligen will. In jedem Fall hat er mit dieser Erklärung hohe Erwartungen geweckt.

Die entscheidende Frage wird sein, welche Perspektiven die neue Regierung der über Jahre vernachlässigten Bevölkerung des Nordens anbieten kann. Die Regierung unter Amadou Toumani Touré (ATT) hat den Norden zu lange im Stich gelassen. Die neue Regierung muss daher schnell beweisen, dass sie die Anliegen der Tuareg ernst nimmt. Eine Herausforderung bei den Verhandlungen mit den Tuareg wird auch sein, dass es die neue Regierung hier mit einem Wandervolk zu tun hat, das eher nicht daran gewöhnt ist, am Verhandlungstisch zu sitzen.

Um welche Themen wird es bei den Verhandlungen gehen? Kernfrage ist gewiss die territoriale Abgrenzung des Tuareg-Gebietes. Die eingenommene Region Timbuktu ist beispielsweise arabisch geprägt und wird überwiegend nicht von Tuareg bewohnt. Auch die Bekämpfung des islamistischen Terrors wird im Zentrum stehen. Hierfür müssen Regierung und MNLA eine gemeinsame Strategie entwickeln und sich dabei eng mit den Nachbarländern abstimmen. Neben der Sicherheitsfrage wird Hauptanliegen der Tuareg vor allem auch der wirtschaftliche Aufbau des Nordens sein. Das Süd-Nord-Gefälle muss ausgeglichen werden, sowohl durch eine bessere Umverteilungspolitik von Ressourcen vom Süden in den Norden, wie auch durch den Ausbau möglicher Wirtschaftssektoren im Norden wie beispielsweise die Gewinnung von Phosphat und Erdöl. Die Erschließung dieser Rohstoffvorkommen würde die Volkswirtschaft des Landes deutlich stärken.